

Ständiger deutscher Sitz im Sicherheitsrat?

Nutzen weder für Deutschland noch für die Uno

Von Wolfgang Schäuble

Der deutsche Bundeskanzler Schröder und sein Aussenminister, Joschka Fischer, haben in letzter Zeit laut und vernehmlich einen deutschen Anspruch auf einen ständigen Sitz im Uno-Sicherheitsrat verkündet. Dieses Ansinnen ist nicht nur im Ausland, sondern auch in Deutschland umstritten. Der Autor, ausenpolitischer Experte und Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, legt in diesem Beitrag dar, weshalb ein deutscher Sitz weder Deutschland noch der Uno selber Nutzen bringen würde.

Das Streben nach einem ständigen Sitz im Uno-Sicherheitsrat prägt derzeit die öffentliche Wahrnehmung der Aussenpolitik der deutschen Regierung. Von dem offensichtlichen innenpolitischen Kalkül abgesehen rührt es an eine Grundfrage deutscher Aussenpolitik, deren Priorität bisher Integration im europäischen Verbund und in atlantischer Partnerschaft war. Dabei besteht Einigkeit, dass ein europäischer Sitz im Sicherheitsrat die langfristig richtige Lösung ist. Aber weil das kurzfristig rechtlich kaum erreichbar scheint, wird argumentiert, dass ein nationaler ständiger Sitz immerhin ein richtiger Zwischenschritt auf diesem Weg wäre. Leider aber führt dieser Schritt in die falsche Richtung.

Fehlende europäische Gemeinsamkeit

Wenn europäische Positionen im Uno-Sicherheitsrat wirkungsvoll zur Geltung gebracht werden sollen, ist europäische Gemeinsamkeit in den wichtigen Fragen der Agenda des Sicherheitsrats die Voraussetzung. Wenn in der Sache eine europäische Position gegeben ist, wird die Frage, wer diese im Sicherheitsrat vertritt, letztlich unwichtig. Europa ist bei der gegebenen Struktur des Uno-Sicherheitsrats schliesslich immer mit vier Mitgliedern, zwei ständigen und zwei nicht ständigen, vertreten.

Aber genau an dieser europäischen Gemeinsamkeit hat es zuletzt zu oft gefehlt, was weder Europa noch die Vereinten Nationen gestärkt hat. Und das deutsche Streben fördert - wie vorhersehbar und ersichtlich - nicht europäische Gemeinsamkeit, sondern zusätzliche Spaltungen und Rivalitäten. Und schlimmer noch wird in dem Wunsch nach nationaler Vertretung zum Ausdruck gebracht, dass man nicht auf mehr integrierte europäische Aussenpolitik vertraut, sondern auf national bestimmte. Dazu passt, dass deutsche, leider auch französische Positionen in der Europäischen Union derzeit eher als Versuch von Dominanz und Achsenbildung wahrgenommen und von den Partnern entsprechend zurückgewiesen werden und eben nicht als das Bemühen um mehr Integration aller - grosser und kleiner - Mitgliedsstaaten. Renationalisierung von Aussenpolitik, der deutsche Weg des Bundeskanzlers, führt in die Irre. Europäische Integration, auch als Teil atlantischer Partnerschaft, war über Jahrzehnte Grundkonsens und Konstante deutscher Aussenpolitik. Sie zu fördern, entspricht der globalen Verflechtung von Chancen und Risiken so sehr wie dem nationalen Interesse und der europäischen Verantwortung Deutschlands.

Der Gang der Dinge belegt im Übrigen den Irrweg schon konkret. Ursprünglich war gesagt worden, auf keinen Fall dürfe es statt bisher zwei Klassen von Mitgliedern im Weltsicherheitsrat in Zukunft gar drei verschiedene Arten von Mitgliedern geben - nämlich neben den ständigen Veto-berechtigten und den wechselnden Mitgliedern noch eine weitere Kategorie von ständigen oder längerfristigen, aber nicht Veto-berechtigten Mitgliedern. Aber genau darauf läuft jede derzeit überhaupt realistisch denkbare Lösung hinaus. Die Koalition mit Brasilien, Indien und Japan für weitere ständige Sitze wird bei anderen Staaten in Südamerika, Asien und Afrika eher als Bevormundung empfunden. Und wie sehr es in Wahrheit um Prestige statt um langfristige Stärkung der Vereinten Nationen geht, das wird auch darin sichtbar, dass über den weit überwiegenden und wichtigeren Teil der Vorschläge der von Kofi Annan berufenen Reformkommission kaum diskutiert wird.

Mehr Mittel, nicht mehr Sitze

Genau darauf aber kommt es an: Wenn die Vereinten Nationen einen stärkeren Beitrag an Stabilität und Prävention in unserer krisengeschüttelten Welt leisten sollen, brauchen sie mehr Bereitschaft der Mitgliedstaaten, ihnen die notwendigen Mittel für friedliche Stabilität und nachhaltige Entwicklung zur Verfügung zu stellen - politisch, finanziell und notfalls auch militärisch. Darum geht es, und eben nicht um den Prestigeerfolg für eine Regierung, die von innenpolitischen Schwierigkeiten ablenken will.